

DAS EU-PARLAMENT NACH DER EUROPAWAHL 2019

HINTERGRUND

Vom 23. bis 26. Mai 2019 fand zum neunten Mal die Wahl des Europäischen Parlaments statt. Bei den Wählerinnen und Wählern in Nord- und Westeuropa stand das Thema Klimaschutz an erster Stelle. Die größten Wahlsieger in Deutschland waren die Grünen, die den Anteil ihrer Sitze im Vergleich zur Wahl 2014 fast verdoppeln konnten. Insgesamt behalten die proeuropäischen Parteien weiterhin die Mehrheit im EU-Parlament. Dies ist von großer Bedeutung, denn die Europäische Union prägt maßgeblich die Politik in den Mitgliedstaaten. Das Europäische Parlament ist die einzige Institution der EU, die die europäischen Bürgerinnen und Bürger direkt vertritt. Deutschland stellt mit fast einem Siebtel die meisten Abgeordneten im Parlament und hat daher großen Einfluss auf Abstimmungen zu wichtigen Gesetzgebungen. Rund 80 Prozent aller Umweltgesetze haben beispielsweise ihren Ursprung in Brüssel.

WAHLBETEILIGUNG

Die Europawahl 2019 wies mit rund 50 Prozent die höchste [Wahlbeteiligung](#) seit 20 Jahren auf. In [Deutschland](#) lag sie sogar bei knapp 61 Prozent. Bei der letzten Europawahl im Jahr 2014 lag die EU-weite Wahlbeteiligung bei 43 Prozent, in Deutschland bei 48 Prozent. Vor allem in Deutschland, wo die Grünen mit rund 20 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft wurden, ist der Wählerwunsch nach einer stärkeren und wirkungsvolleren Klima- und Umweltpolitik deutlich. In der [Altersgruppe](#) der 18- bis 44-jährigen Wählerinnen und Wähler wurden die Grünen stärkste Kraft.

RECHTLICHER RAHMEN

2019 fand die Europawahl zum zweiten Mal gemäß dem [Vertrag von Lissabon](#) statt. Seit Inkrafttreten des Vertrags Ende 2009 hat das Europäische Parlament deutlich an Kompetenzen und somit auch an Bedeutung gewonnen. Ein einheitliches Wahlrecht existiert auf europäischer Ebene nicht. Mittlerweile gilt aber das Prinzip der [Verhältnismahl](#) für alle Mitgliedstaaten. In Deutschland darf jede Person wählen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat. Zur Europawahl 2019 waren rund 60,8 Millionen Deutsche [wahlberechtigt](#), darunter etwa 3,7 Millionen Erstwählerinnen und Erstwähler. Die Legislaturperiode des Europäischen Parlaments beträgt fünf Jahre und die [nächste Wahl](#) wird im Jahr 2024 stattfinden.

Voraussichtlich 2024 Sperrklausel in Deutschland

Bei den Europawahlen 2014 und 2019 reichten in Deutschland [weniger als ein Prozent](#) der Stimmen, um ein Mandat im EU-Parlament zu erlangen. So zogen 2019 für Deutschland mit je zwei Sitzen die Freien Wähler und Die PARTEI, mit je einem Sitz die Tierschutzpartei, Piratenpartei, ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei), Volt und die Familienpartei ins neue Parlament ein. Ab 2024 wird dies voraussichtlich jedoch nicht mehr möglich sein, denn der Europäische Rat und das Europäische Parlament einigten sich 2018 auf die Einführung einer [Sperrklausel](#) von drei bis fünf Prozent. Sie soll für alle Länder, die mehr als 35 Sitze im Parlament haben, gelten. Diese Regelung würde den Einzug von Kleinstparteien ins EU-Parlament fast unmöglich machen. Sie muss jedoch zuerst von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden und benötigt eine Zweidrittelmehrheit des Bundestags und Bundesrats. Bereits 2011 und 2014 hatte das Bundesverfassungsgericht für Deutschland bei der Europawahl die Einführung einer Fünf- bzw. Drei-Prozenthürde als verfassungswidrig erklärt.



Geplanter Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU

Ein Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, welcher spätestens am 31. Oktober 2019 erfolgen soll, würde die Sitzverteilung im Europäischen Parlament maßgeblich ändern. Dann sollen im Parlament nur noch [705 Abgeordnete](#) statt der derzeit 751 vertreten sein. Von den 73 Sitzen, die bislang von britischen Abgeordneten besetzt waren, werden in Zukunft 27 Sitze auf [14 Mitgliedstaaten](#) verteilt, die momentan im Parlament unterrepräsentiert sind. Davon gehen je fünf an Frankreich und Spanien, je drei an Italien und die Niederlande, zwei an Irland und je einer an Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Dänemark, Finnland, Kroatien, Estland und die Slowakei. Die übrigen 46 Sitze sind für potenzielle neue EU-Mitgliedstaaten reserviert. Das Europäische Parlament wird dann weniger Abgeordnete als der Deutsche Bundestag ([derzeit 709 Abgeordnete](#)) haben. Auch nach dem Brexit bleibt Deutschland mit [96 Abgeordneten](#) das Land mit den meisten Vertreterinnen und Vertretern im Parlament.

Ungewissheit über Spaniens Abgeordnete

Der ehemalige katalanische Regionalpräsident Carles Puigdemont und der frühere katalanische Gesundheitsminister Antoni Comin wurden zwar als Abgeordnete ins EU-Parlament gewählt, konnten jedoch ihr Mandat nicht antreten. Wegen ihrer Mitwirkung an der katalonischen Unabhängigkeitserklärung im Jahr 2017 leben die beiden Politiker im belgischen Exil. Bei einer Einreise nach Spanien droht ihnen die sofortige Festnahme wegen Hochverrats. Daher konnten sie vor Amtsantritt nicht in Madrid auf die spanische Verfassung schwören und wurden von der Regierung nicht auf die Liste der gewählten EU-Abgeordneten gesetzt. Eine Klage von Puigdemont und Comin gegen diese Entscheidung wurde vom EU-Gericht abgelehnt. Bisher sind ihre beiden Sitze unbesetzt und es ist ungewiss, wie die spanische Regierung mit dieser Situation umgehen wird.

PARTEIEN UND FRAKTIONEN IM EU-PARLAMENT

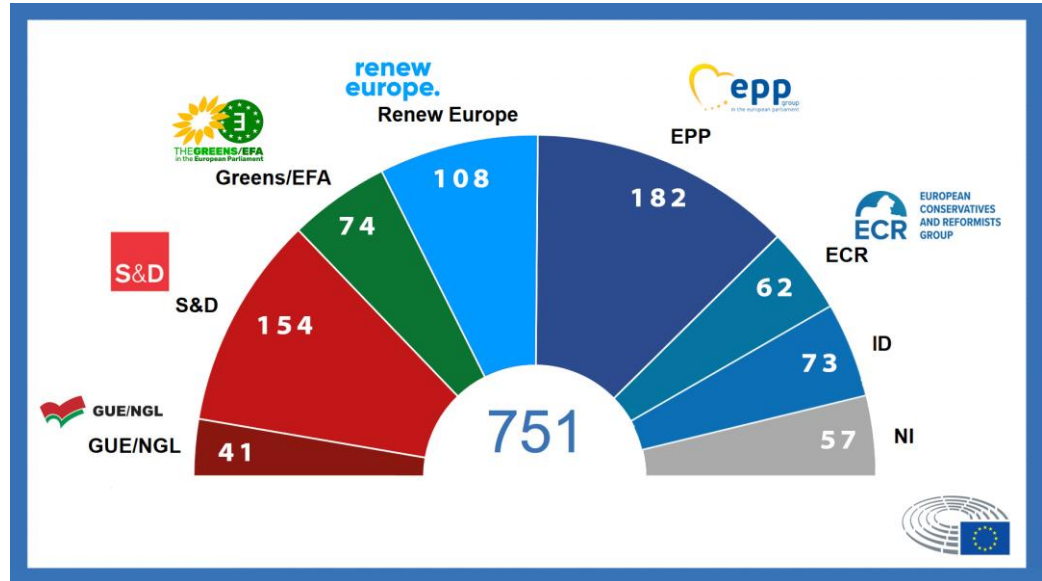
Die Anzahl der Sitze im Parlament bleibt im Vergleich zur vorangegangenen Legislaturperiode unverändert, da Großbritannien zu Beginn der neuen Legislaturperiode noch Mitglied in der Europäischen Union ist. Demnach zogen erneut 751 Abgeordnete, darunter 96 Deutsche, in das [Europäische Parlament](#) ein. Höher als je zuvor sind diesmal der Anteil weiblicher Abgeordneter mit 40 Prozent sowie der Anteil neuer Abgeordneter mit 61 Prozent. Die Anzahl der Fraktionen verringerte sich von acht auf sieben. Es existieren nach wie vor die Europäische Volkspartei (EVP, Englisch: EPP) mit dem Vorsitzenden Manfred Weber aus Deutschland, die Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D) mit der Vorsitzenden Iraxte García aus Spanien und die Grünen (Greens/EFA) mit den Vorsitzenden Ska Keller aus Deutschland und Philippe Lamberts aus Belgien. Ebenfalls bestehen weiterhin die Konföderale Gruppe der Europäischen Vereinten Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) mit dem Vorsitzenden Martin Schirdewan aus Deutschland und die Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR, englisch ECR) mit den Vorsitzenden Ryszard Legutko aus Polen und Raffaele Fitto aus Italien. Aus der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) entstand die neue Fraktion Renew Europe, dessen Fraktionsvorsitzender Dacian Ciolos aus Rumänien ist. Des Weiteren bildete sich aus der früheren Fraktion Europa der Nationen und Freiheit (ENF) die neue Fraktion Identität und Demokratie (ID) mit dem Vorsitzenden Marco Zanni aus Italien. Die Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) existiert im Parlament der 9. Legislaturperiode nicht mehr. Außerdem bleiben 57 Abgeordnete fraktionslos.

Mit 62 Abgeordneten der EKR, 73 der ID und 29 fraktionslosen Abgeordneten der britischen Brexit-Partei hat das Parlament deutlich mehr RechtspopulistInnen, Rechtsextreme und Europa-skeptikerInnen als je zuvor. Da die EVP und die S&D ihre absolute Mehrheit im Europäischen Par-



lament verloren haben, können die beiden Fraktionen Entscheidungen nicht mehr gemeinsam als Große Koalition durchdrücken. Um [Mehrheiten zu gewinnen](#), wird es stärker um eine thematische Entscheidungsfindung gehen. Die Grünen und Renew Europe gelten als Königsmacher.

Sitzverteilung im EU-Parlament



Quelle: http://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20190703PHT56105/20190703PHT56105_original.jpg

Fraktionszugehörigkeiten der deutschen Abgeordneten

Die 23 Abgeordneten der CDU und die sechs Abgeordneten der CSU haben sich der [EVP-Fraktion](#) (Christdemokraten) angeschlossen, die mit 182 Abgeordneten erneut die größte Fraktion im Parlament bildet. Die 16 Abgeordneten der SPD sind der zweitgrößten Fraktion [S&D](#) (Sozialdemokraten) angegliedert. Die drittgrößte Fraktion bildet mit 108 Mitgliedern [Renew Europe](#), welcher fünf deutsche Abgeordnete der FDP sowie zwei Abgeordnete der Freien Wähler angehören. Die 21 Abgeordneten der Grünen sowie jeweils ein Abgeordneter der Piratenpartei, ÖDP, Volt und Die PARTEI schlossen sich der Fraktion der [Grüne/EFA](#) an. Die Grünen bilden mit 74 Mitgliedern erstmals die viertgrößte Fraktion. Die fünf deutschen Abgeordneten der Linken sowie Martin Buschmann von der Tierschutzpartei sind der [GUE/NGL](#) (Linken) angeschlossen. Die elf Abgeordneten der AfD gehören der rechtspopulistischen Fraktion [ID](#) an. Die EU-kritische [EKR](#) konnte Helmut Geuking von der Familienpartei für sich gewinnen. Fraktionslos bleibt weiterhin Martin Sonneborn von Die PARTEI.

Auswirkungen des Brexit auf die Sitzverteilung

Im neunten Europäischen Parlament gehören zehn britische Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion S&D an, 17 haben sich der liberalen Fraktion Renew Europe angegliedert, eine Abgeordnete schloss sich der linken Fraktion GUE/NGL an und elf gehören den Grünen/EFA an. Nur vier Abgeordnete der Britischen Conservative Party schafften es ins Parlament, die der EU-kritischen EKR-Fraktion beigetreten sind. Fraktionslos bleiben die 29 Abgeordneten der Brexit Party sowie eine Abgeordnete der Democratic Unionist Party.

Nach dem Brexit würde das Europäische Parlament durch die Aufteilung von 27 Sitzen auf 14 Mitgliedstaaten (s.o.) voraussichtlich drei zusätzliche Mitglieder in der ID-Fraktion (aus den Niederlanden, Frankreich und Italien) sowie fünf in der EVP-Fraktion (aus Spanien, Irland, Estland, Slowakei und Italien) bekommen, der bislang keine britischen Abgeordneten angehören. Die kon-



servative EKR-Fraktion würde zwar voraussichtlich vier britische Mitglieder verlieren, aber wieder vier neue Mitglieder (aus den Niederlanden, Spanien, Italien und Polen) dazugewinnen. Renew Europe würde nach dem Brexit trotz zusätzlicher fünf Abgeordneter (aus den Niederlanden, Frankreich, Spanien, Irland und Dänemark) insgesamt elf Abgeordnete weniger haben. Die S&D-Fraktion würde zehn britische Abgeordnete verlieren und nur drei neue (aus Frankreich, Spanien und Kroatien) dazubekommen. Die Grünen (Greens/EFA) würden elf Abgeordnete verlieren und nur vier neue (aus Frankreich, Finnland, Österreich und Schweden) dazubekommen. Die linke Fraktion GUE/NGL würde ihr einziges britisches Mitglied verlieren und wahrscheinlich kein neues dazubekommen. Demzufolge würden die ID-Fraktion mit 76 Abgeordneten und die EKR-Fraktion mit 62 Abgeordneten deutlich stärken als zuvor werden, im Gegensatz zur geschwächten Grüne/EFA-Fraktion mit 67 Abgeordneten und der linken GUE/NGL-Fraktion mit 40 Abgeordneten. Auch die EVP würde mit 187 Abgeordneten proportional deutlich stärker werden im Vergleich zur S&D mit 147 Abgeordneten.¹

AUSSCHÜSSE IM EUROPAPARLAMENT

Im Europäischen Parlament gibt es insgesamt [20 Fachausschüsse](#) und zwei Unterausschüsse. Jeder Ausschuss hat je eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und bis zu vier stellvertretende Vorsitzende gewählt, die für zweieinhalb Jahre im Amt sind. Von den deutschen Abgeordneten sind fünf als Vorsitzende und zwölf als stellvertretende Vorsitzende gewählt.

Der deutsche CDU-Abgeordnete Norbert Lins (EVP-Fraktion) ist neuer Vorsitzender des [Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung](#) (AGRI). Er ist seit 2014 Abgeordneter im EU-Parlament und schneidet im [DNR-Umweltcheck](#) für ehrgeizige Klima- und Energiepolitiken mit „sehr schlecht“ ab. Stellvertretende Vorsitzende sind der Portugiese Francisco Guerreiro von den Grünen und der rumänische Abgeordnete Daniel Buda (EVP). Deutsche Mitglieder im AGRI-Ausschuss sind Maria Noichl (SPD), Marlene Mortler (CSU), Martin Buschmann (Tierschutzpartei), Martin Häusling (Die Grünen) und Ulrike Müller (FW/Renew) sowie die stellvertretenden Mitglieder Anna Deparnay-Grunenberg (Die Grünen), Lena Düpont (CDU), Peter Jahr (CDU), Sylvia Limmer (AfD) und Christine Schneider (CDU).

Vorsitzender des [Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit](#) (ENVI) ist der Franzose Pascal Canfin von der Fraktion Renew Europe. Von 2009 bis 2012 gehörte er schon einmal dem EU-Parlament an. Danach war er als Minister für Entwicklung im französischen Außenministerium tätig, bevor er 2016 Geschäftsführer beim WWF Frankreich tätig war. Seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind der Niederländer Bas Eickhout (Grüne/EFA), der Brite Seb Dance (S&D), der Rumäne Cristian-Silviu Buşoi (EVP) und die Niederländerin Anja Hazekamp (GUE/NGL). Deutsche Mitglieder im ENVI-Ausschuss sind Peter Liese (CDU), Christine Schneider (CDU), Delara Burkhardt (SPD), Jutta Paulus (Die Grünen), Andreas Glück (FDP) und Sylvia Limmer (AfD). Stellvertretende Mitglieder sind Michael Bloss (Die Grünen), Klaus Buchner (ÖDP), Sven Giegold (Die Grünen), Jens Gieseke (CDU), Martin Häusling (Die Grünen), Constanze Krehl (SPD), Norbert Lins (CDU), Ulrike Müller (Freie Wähler) und Tiemo Wölken (SPD).

Im [Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie](#) (ITRE) ist die Rumänin Adina-Ioana Vălean neue Vorsitzende. Sie leitete zuvor den ENVI-Ausschuss. Ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind der polnische EKR-Abgeordnete Zdzisław Krasnodębski, der Däne Morten Petersen (Renew Europe), die Italienerin Patrizia Toia (S&D) und die spanische S&D-Abgeordnete Professor Lina Galvez Muñoz. Deutsche Mitglieder im ITRE-Ausschuss sind Angelika Niebler (CSU), Christian Ehler (CDU), Markus Pieper (CDU), Jens Geier (SPD), Nicola Beer (FDP), Klaus Buchner (ÖDP), Mi-



chael Bloss (Die Grünen), Henrike Hahn (Die Grünen) und Markus Buchheit (AfD). Stellvertretende Mitglieder sind Hildegard Bentele (CDU), Damian Boeselager (Volt), Cornelia Ernst (Die Linke), Ismail Ertug (SPD), Helmut Geuking (Familienpartei), Bernd Lange (SPD), Sylvia Limmer (AfD), Jutta Paulus (Die Grünen), Dennis Radtke (CDU), Guido Reil (AfD), Sven Schulze (CDU) und Viola von Cramon-Taubadel (Die Grünen).

Der Brite Chris Davies von der liberalen Fraktion Renew Europe ist neuer Vorsitzender des [Fischereiausschusses](#) (PECH). Seine stellvertretenden Vorsitzenden sind der Niederländer Peter van Dalen (EVP), der Däne Søren Gade (Renew Europe), der Italiener Giuseppe Ferrandino (S&D) und die Portugiesin Cláudia Monteiro de Aguiar (EVP). Einziger deutscher Abgeordneter ist Niclas Herbst (EVP). Seine Stellvertreterin ist Ska Keller (Die Grünen).

Die Grünen-Abgeordnete Karima Delli aus Frankreich wurde erneut zur Vorsitzenden im [Ausschuss für Verkehr und Tourismus](#) (TRAN) gewählt. Ihre Stellvertreter sind der schwedische S&D-Abgeordnete Johan Danielsson, der deutsche EVP-Abgeordnete Sven Schulze, der ungarische S&D-Abgeordnete István Ujhelyi und der deutsche Renew-Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen. Weitere deutsche Mitglieder sind Anna Deparnay-Grunenberg (Die Grünen), Ismael Ertug (SPD) und Jens Gieseke (CDU). Vertreten werden sie durch Markus Ferber (CSU), Daniel Freund (Die Grünen), Michael Gahler (CDU), Maximilian Krah (AfD) und Markus Pieper (CDU).

Vier weitere deutsche Abgeordnete sind Ausschussvorsitzende geworden. David McAllister (CDU) übernimmt erneut den Vorsitz des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (AFET). Bernd Lange, stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, ist erneut zum Vorsitzenden des Ausschusses für internationalen Handel (INTA) bestimmt worden. Monika Hohlmeier (CSU), ehemalige bayerische Staatsministerin für Unterricht und Kultus, ist nun Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses (CONT). Sabine Verheyen (CDU) sitzt dem Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) vor, in welchem sie seit 2009 Mitglied ist.

WAHL ZUR/M KOMMISSIONSPRÄSIDENT/IN

Wie bereits bei der Wahl 2014 traten die Parteien 2019 mit europäischen Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten an, die den Wahlkampf anführten. Die Kandidatin oder der Kandidat mit der meisten Unterstützung im EU-Parlament sollte dann neue Kommissionspräsidentin oder neuer Kommissionspräsident werden. Bis 2014 haben die Staats- und Regierungschefs einen Kandidaten bestimmt, den das Parlament nur formal absegnen musste. Das [EU-Parlament hat im Februar 2018 beschlossen](#), nur Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt der Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten zu akzeptieren, die als Spitzenkandidatinnen bzw. Spitzenkandidaten ihrer Parteien in den Europawahlkampf gezogen sind. Auf dem [informellen Europäischen Rat im Februar 2018](#) haben die Staats- und Regierungschefs daran erinnert, dass laut Lissabon-Vertrag allein der Europäische Rat für die Benennung der Kommissionspräsidenten zuständig ist – unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Wahlen zum Europäischen Parlament und in Abstimmung mit dem Europaparlament.

Die beiden größten Fraktionen im Europäischen Parlament S&D und EVP hatten in der vorherigen Legislaturperiode die absolute Mehrheit und konnten in einer großen Koalition den Kommissionspräsidenten selbst auswählen. Beide Fraktionen verloren aber nach der Europawahl 2019 ihre große Mehrheit im Parlament, wodurch es zu keiner Einigung auf einen Kommissionspräsidenten oder eine Kommissionspräsidentin kam. Daher schlugen die Staats- und Regierungschefs Ursula von der Leyen als [Kommissionspräsidentin](#) vor. Von der Leyen wurde am 17. Juli 2019 von der



Mehrheit der Abgeordneten im EU-Parlament gewählt und wird am 01. November 2019 ihr Amt antreten. Sie ist die erste Frau an der Kommissionsspitze und zugleich die erste Deutsche seit über 50 Jahren in diesem Amt. In ihrer [Agenda für Europa](#) hat sie den Klimaschutz zur obersten Priorität gemacht und innerhalb von 100 Tagen einen europäischen Grünen Deal versprochen. [Umweltverbände](#) fordern von ihr, auch die UN-Nachhaltigkeitsziele sowie den Schutz der Artenvielfalt durch eine konsequente EU-Agrarreform als Themenschwerpunkte in ihre Agenda aufzunehmen.

Weitere Spitzenjobs

Der liberale Belgier Charles Michel wird am 1. Dezember als Nachfolger von Donald Tusk sein Amt als [EU-Ratspräsident](#) antreten. Der Präsident oder die Präsidentin des Europäischen Rats wird vom Rat selbst gewählt, hat eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren und kann einmal wiedergewählt werden.

Der [Präsident des EU-Parlaments](#) wird vom Europäischen Parlament gewählt – ebenfalls für zweieinhalb Jahre, jedoch direkt zu Beginn und nach der Hälfte jeder Wahlperiode. In der ersten Hälfte der neunten Wahlperiode wird der italienische Sozialdemokrat David Sassoli dieses Amt übernehmen. Unter seinen 14 Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten befinden sich auch drei deutsche Abgeordnete: Katarina Barley (S&D), Rainer Wieland (EVP) und Nicola Beer (Renew Europe). Die fünf Quästoren und Quästorinnen des Europäischen Parlaments stammen aus Malta, Frankreich, Polen und der Slowakei. In der zweiten Hälfte der Wahlperiode wird die Europäische Volkspartei den Parlamentspräsidenten stellen.

Das Amt des EU-Außenbeauftragten soll der Spanier [Josep Borrell](#) übernehmen. Die Französin und Noch-IWF-Chefin [Christine Lagarde](#) soll ab Herbst die Europäische Zentralbank (EZB) leiten.

FORDERUNGEN DER UMWELTVERBÄNDE

Die EU muss sozial, ökologisch und politisch umgebaut werden, um Bürgerinnen und Bürgern eine friedliche Zukunft zu garantieren. Daher hat der Deutsche Naturschutzring (DNR) gemeinsam mit fast 90 Mitgliedsorganisationen Forderungen zur Europawahl 2019 erarbeitet. Sie liegen auf [Deutsch](#) und [Englisch](#) vor. Darin fordern sie, dass die EU in den kommenden fünf Jahren einen ökologischen, sozialen und politischen Umbau einleiten und voranbringen muss. Denn es gilt, die Lebens- und Produktionsgrundlagen der über 500 Millionen Menschen in Europa zu erhalten und zu verbessern. Dazu muss die Modernisierung und Transformation hin zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft zur obersten Priorität der neuen EU-Kommission werden. Besonders stehen dabei der Biodiversitätsverlust und der Klimawandel im Fokus. Die EU soll noch deutlich vor 2050 treibhausgasneutral werden und dazu muss das europäische Klimaziel für 2030 deutlich angehoben werden. Auch die Vergabe europäischer Gelder muss künftig in Einklang mit den Zielen des Klima- und Biodiversitätsschutzes stehen – insbesondere in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wie auch bei den Strukturfonds.

Das Institut für europäische Umweltpolitik (IEEP) betont in seiner [Analyse der politischen Richtlinien der neuen Kommissionspräsidentin](#) vor allem, dass diese die Rolle der GAP-Reform für ein nachhaltiges und klimaneutrales Europa verkennt. Des Weiteren geht von der Leyens Agenda nicht genügend auf die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele ein und lässt die Notwendigkeit von Umwelt- und Klimaschutz in der EU-Außenpolitik außer Acht.

ABLÄUFE NACH DER WAHL

Voraussichtlich vom 30. September bis 8. Oktober wird die Anhörung der designierten Kommissionsmitglieder in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments stattfinden. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten schlagen in Absprache mit der gewählten Kommissionspräsidentin die designierten KommissarInnen vor. Anschließend muss die Kommission als Gesamtheit vom Parlament gewählt werden, voraussichtlich vom 21. bis 24. Oktober. Dann kann die neue Kommission am 1. November ihre Arbeit aufnehmen.

WEITERE INFORMATIONEN

Der Deutsche Naturschutzring stellt auf seiner Plattform www.umweltcheck-ep.de die 96 deutschen EU-Parlamentarierinnen und EU-Parlamentarier vor und vernetzt sie mit Nichtregierungsorganisationen aus der Umweltszene. Des Weiteren wird das Wahlverhalten der Abgeordneten analysiert und in Bezug auf eine ehrgeizige Klima- und Energiepolitik ausgewertet.

Förderhinweis: Dieses Projekt wurde gefördert vom



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den Autor*innen

ⁱ Nach dem Brexit rücken folgende Abgeordnete nach: Die fünf zusätzlichen Sitze Frankreichs gehen an Jean-Lin Laccapelle von dem rechtspopulistischen Rassemblement National (ID-Fraktion), Sandro Gozi und Ilana Cicurel von der liberalen LREM-MoDem (Renew Europe), Claude Gruffat von der Grünen EELV (Greens/EFA) und Nora Mebarek von der sozialdemokratischen Parti Socialiste (S&D). Die fünf Abgeordneten, die für Spanien in das Europäische Parlament nachrücken, sind Estrella Durá Ferrandis (S&D), Gabriel Mato Adrover (EVP), Margarita de la Pisa Carrión (EKR), Adrián Vázquez Lázara (Renew Europe) und Clara Ponsatí i Obiols, die der separatistischen Junts-Partei angehört, welche sich für die Unabhängigkeit Kataloniens einsetzt. Es ist jedoch unklar, ob Ponsatí ins Europäische Parlament einziehen könnte, da sie von der spanischen Regierung verfolgt wird und im Exil lebt. Die drei zusätzlichen Sitze der Niederlande würden auf die rechtspopulistische PVV-Partei (ID-Fraktion), die konservativ-liberale VVD (Renew Europe) und die nationalkonservative FVD-Partei (EKR-Fraktion) aufgeteilt werden. Die drei neuen Sitze für Italien würden allesamt von rechten Parteien besetzt werden, wovon sich höchstwahrscheinlich einer der EVP, einer der EKR und einer der ID-Fraktion anschließen würde. Für Irland würden Barry Andrews (Renew Europe) und Deirdre Clune (EVP) nachrücken. Polens zusätzliches Mandat gehört der nationalkonservativen PiS-Partei, welche sich im EU-Parlament der EKR-Fraktion anschließt. Die kroatische Sozialdemokratin Romana Jerković würde sich der S&D-Fraktion anschließen. Für Dänemark rückt Linea Søgaard-Lidell von der konservativ-liberalen Venstre-Partei nach, die künftig der Fraktion Renew Europe angehören wird. Finnland entsendet einen weiteren Abgeordneten in die Fraktion der Grünen/EFA. Estland und die Slowakei würden je einen Vertreter der konservativen Isamaa-Partei bzw. KDH-Partei entsenden, welche sich im Europäischen Parlament der EVP-Fraktion anschließen würden. Die beiden zusätzlichen Mandate für Österreich und Schweden würden sehr wahrscheinlich an die Grünen (Greens/EFA) gehen. Wer das zusätzliche Mandat für Rumänien übernimmt, ist noch unklar.